

**ANTRAG**  
auf Gewährung einer Zuwendung  
aus dem Förderprogramm "Strukturanpassung"

Investitionsbank des Landes Brandenburg  
Umwelt  
Postfach 60 08 07  
14408 Potsdam

Eingangsstempel der  
Investitionsbank des Landes Brandenburg

**1 Angaben zum Antragsteller**

**1.1 Unternehmensbezeichnung**

\_\_\_\_\_  
Unternehmensbezeichnung

\_\_\_\_\_  
Gründungsdatum

\_\_\_\_\_  
Rechtsform

**1.2 Hauptsitz**

\_\_\_\_\_  
Straße und Hausnummer

\_\_\_\_\_  
PLZ

\_\_\_\_\_  
Ort

\_\_\_\_\_  
Telefonnummer mit Vorwahl

\_\_\_\_\_  
Faxnummer mit Vorwahl

\_\_\_\_\_  
E-Mail-Adresse

**1.3 Betriebsstätte**

Identisch mit dem Hauptsitz

\_\_\_\_\_  
Straße und Hausnummer

\_\_\_\_\_  
PLZ

\_\_\_\_\_  
Ort

\_\_\_\_\_  
Telefonnummer mit Vorwahl

\_\_\_\_\_  
Faxnummer mit Vorwahl

\_\_\_\_\_  
E-Mail-Adresse

**1.4 Gesetzliche(r) Vertreter(in)**

\_\_\_\_\_  
Name

\_\_\_\_\_  
Vorname

\_\_\_\_\_  
Akademischer Titel

\_\_\_\_\_  
Funktion

\_\_\_\_\_  
Telefonnummer mit Vorwahl

\_\_\_\_\_  
Faxnummer mit Vorwahl

\_\_\_\_\_  
E-Mail-Adresse

**1.5 Bevollmächtigte(r)**

kein(e) Bevollmächtigte(r)

Bevollmächtigte(r)

\_\_\_\_\_  
Name

\_\_\_\_\_  
Vorname

\_\_\_\_\_  
Akademischer Titel

---

Funktion/Dienststellung

---

Telefonnummer mit Vorwahl

---

Faxnummer mit Vorwahl

---

E-Mail-Adresse

Für jeden Bevollmächtigten ist die jeweilige Vollmacht im Original beizufügen.  
Den Vordruck finden Sie auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de).

#### 1.6 Ansprechpartner(in)/Projektleiter(in)

---

Name

---

Vorname

---

Akademischer Titel

---

Funktion/Dienststellung

---

Telefonnummer mit Vorwahl

---

Faxnummer mit Vorwahl

---

E-Mail-Adresse

#### 1.7 Branche

---

Art der gewerblichen Tätigkeit

---

Branchenschlüssel

#### 1.8 Auftraggebereigenschaft

Bei dem Antragsteller handelt es sich um einen "öffentlichen Auftraggeber".

- ja  
 nein

Das Merkblatt "Vergabebestimmungen - ohne Kofinanzierung mit EU-Mitteln" und die dazugehörige Anlage "Öffentlicher Auftraggeber" sind auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de) verfügbar.

#### 1.9 "De-minimis"-Beihilfen

Der Antragsteller und ggf. mit ihm verbundene Unternehmen ("einziges Unternehmen") hat weitere "De-minimis"-Beihilfen beantragt bzw. im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren "De-minimis"-Beihilfen erhalten.

- ja (Das Formular „Erklärung über bereits erhaltene bzw. beantragte "De-minimis"-Beihilfen" ist als Anlage beizufügen.)  
 nein

Das Merkblatt "De-minimis-Regel" ist auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de) verfügbar.

#### 1.10 Belegaufbewahrung

Der Antragsteller verwendet ein digitales Belegaufbewahrungs- und -archivierungssystem.

- ja (Bezeichnung des Systems: \_\_\_\_\_)

Das System entspricht den Grundsätzen zur ordnungsgemäßen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD).

- ja  
 nein  
 nein

Das Merkblatt "Belegaufbewahrungs- und -archivierungssysteme" ist auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de) verfügbar.

### 1.11 Vorförderungen

Der Antragsteller hat in der Vergangenheit bereits Förderungen aus folgenden Richtlinien erhalten:

- Unterstützung kommunaler Aufgabenträger der Siedlungswasserwirtschaft bei der Umsetzung der Entscheidung des BVerfG vom 12. November 2015 - Bedarfszuwendung und Unterstützung (Altanschießer)
- Unterstützung von Aufgabenträgern der Trinkwasserversorgung und der Abwasserentsorgung mit besonderem Bedarf (Schuldenmanagementfonds)
- Förderung des Einsatzes erneuerbarer Energien, von Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz und der Versorgungssicherheit im Rahmen der Umsetzung der Energiestrategie des Landes Brandenburg (RENplus 2014-2020)
- nein, es wurde keine Förderungen zu den o. g. Richtlinien gewährt.

### 1.12 Kennzahlenvergleich

Der Antragsteller hatte bereits am Kennzahlenvergleich Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Brandenburg teilgenommen.

- ja

Der Antragsteller wird an den nächsten zwei Durchgängen des Kennzahlenvergleichs teilnehmen und führt hierzu bindende Beschlüsse herbei.

- ja (Ein selbstbindender Beschluss zur Teilnahme an mindestens zwei Durchgängen ist als Anlage beizufügen.)

### 1.13 Potenzieller Partner/Kooperationspartner (bei Maßnahmen nach 2.1.1 oder 2.1.2/2.1.3)

\_\_\_\_\_  
Unternehmensbezeichnung

\_\_\_\_\_  
Gründungsdatum

\_\_\_\_\_  
Rechtsform

\_\_\_\_\_  
Straße und Hausnummer

\_\_\_\_\_  
PLZ

\_\_\_\_\_  
Ort

\_\_\_\_\_  
Telefonnummer mit Vorwahl

\_\_\_\_\_  
Faxnummer mit Vorwahl

\_\_\_\_\_  
E-Mail-Adresse

## 2 Angaben zur Maßnahme

### 2.1 Fördergegenstand

(bitte Zutreffendes ankreuzen)

Punkt 2.1 der Richtlinie - Maßnahmen, die sich auf die Aufnahme oder Ausweitung interkommunaler Kooperationen richten, nämlich:

- 2.1.1 die Ermittlung strategischer Handlungsbedarfe sowie die Untersuchung von Möglichkeiten und Alternativen zur Anpassung.
- 2.1.2 die Vorbereitung von Kooperationen oder Zusammenschlüssen.
- 2.1.3 die Umsetzung konkreter Kooperationen oder Zusammenschlüsse der Aufgabenträger.

Punkt 2.2 der Richtlinie:

- 2.2 Nichtinvestive Maßnahmen, die auf zukünftige Investitionen bei der technischen Realisierung kooperations- bzw. zusammenschlussbedingter Anpassungsmaßnahmen gerichtet sind.

## 2.2 Kurzbezeichnung der Maßnahme

Maßnahmebezeichnung

## 2.3 Maßnahmeort

Straße und Hausnummer

PLZ

Ort

## 2.4 Zeitliche Durchführung der Maßnahme (Durchführungszeitraum)

Tag		Monat		Jahr	

*Beginn Durchführungszeitraum*

Tag		Monat		Jahr	

*Ende Durchführungszeitraum*

Hinweis: Der Durchführungszeitraum soll 12 Monate nicht überschreiten.

### Antrag auf vorzeitigen Maßnahmebeginn

Es wird die Genehmigung zum vorzeitigen Beginn der Maßnahme beantragt.

ja (Der Antrag ist nachfolgend zu begründen.)

nein

Begründung:

## 2.5 Maßnahmebeschreibung

2.6 Lieferung und Leistung bei Verflechtungen

Ist die Vergabe von Aufträgen an verflochtene Dritte geplant?

- ja (Diese Kosten sind nicht zuwendungsfähig. Bitte die Verflechtung erläutern.)  
 nein

Verflechtungen können sowohl rechtlich und wirtschaftlich, als auch personell oder organisatorisch vorliegen. Für den Begriff der wirtschaftlichen und rechtlichen Verflechtung ist Artikel 3 des Anhangs der Empfehlung der Europäischen Kommission zur KMU-Definition vom 06.05.2003 (ABl. Nr. L 124 vom 20.05.2003, Seite 36 ff.) maßgeblich. Das Merkblatt „KMU-Definition der EU“ ist auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de) verfügbar. Die personelle Verflechtung lässt sich anhand der in § 15 Abgabenordnung verankerten Definition zu Angehörigen bestimmen. Eine organisatorische Verflechtung liegt vor, wenn eine natürliche oder juristische Person oder eine Gruppe dieser Personen sowohl zum Auftraggeber als auch Auftragnehmer gesellschaftsrechtlich oder aufgrund von Rechtsverhältnissen, die das Erbringen von Tätigkeiten zum Gegenstand haben, verbunden ist und die Entscheidung über die Auftragserteilung zumindest eines von ihnen beeinflussen kann.

2.7 Inanspruchnahme weiterer öffentlicher Mittel für die Durchführung der Maßnahme

Zur Finanzierung der Maßnahme wurden oder werden weitere öffentliche Mittel bei der ILB oder anderen Stellen beantragt bzw. wurden von der ILB oder anderen Stellen gewährt.

- ja (Die öffentlichen Mittel sind als Finanzierungsmittel unter dem Punkt "Finanzierung" anzugeben.)  
 nein

2.8 Ausgaben

Der Antragsteller ist bei der Durchführung der Maßnahme zum Vorsteuerabzug berechtigt.

- ja (Die Ausgaben sind nachfolgend ohne Umsatzsteuer anzugeben.)  
 nein (Geeigneter Nachweis ist dem Antrag beizufügen, bspw. Erklärung Finanzamt, Steuerberater, o. ä.)

Ausgaben	zuwendungsfähig in EUR	nicht zuwendungsfähig in EUR	Summe in EUR	Jahr _____ in EUR	Jahr _____ in EUR
nicht investive Kosten, davon					
– Honorarkosten					
– Allgemeine Aufwendungen für Architekten- und Ingenieurleistungen nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) in der jeweils geltenden Fassung					
<b>Summe</b>					
<b>Gesamtausgaben</b>					

## 2.9 Finanzierung

Hinweis:

Die Summe der Finanzierungsmittel muss der Summe der Ausgaben/den zuwendungsfähigen Gesamtausgaben entsprechen.

Finanzierungsmittel	zuwendungsfähig in EUR	nicht zuwendungsfähig in EUR	Summe in EUR	Jahr _____ in EUR	Jahr _____ in EUR
Fremdfinanzierung					
Öffentliche Mittel (gem. 2.7)					
Zuschuss		<del>                    </del>			
Eigenmittel					
<b>Summe</b>					
<b>Gesamtfinanzierung</b>					

## 2.10 Beantragte Zuwendung

Zuwendung	Höhe (EUR)
Zuschuss	

### 3 Erklärungen des Antragstellers

(Die Erklärungen müssen durch Anklicken  bestätigt werden.)

Der Antragsteller erklärt, dass

- 3.1 bei Beantragung des vorzeitigen Maßnahmebeginns nicht vor der Antragseingangsbestätigung durch die ILB, andernfalls nicht vor Erlass des Zuwendungsbescheides durch die ILB mit der Maßnahme begonnen wird,  
(Hinweis: Als Maßnahmebeginn ist grundsätzlich jeder Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten.)

- 3.2 die Angaben in diesem Antrag und den beigefügten Anlagen (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind,

- 3.3 ihm bekannt ist, dass
- die Gewährung einer öffentlichen Zuwendung gemäß LHO Brandenburg unter der Maßgabe der wirtschaftlichen und sparsamen Mittelverwendung erfolgt und Aufträge nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen zu vergeben sind.
  - Verstöße gegen das Vergaberecht eine teilweise oder vollständige Kürzung der Zuwendung zur Folge haben können.

Das auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de) verfügbare Merkblatt zu den Vergabebestimmungen wurde zur Kenntnis genommen.

- 3.4 Weiterhin erklärt der Antragsteller, dass
- bei Maßnahmen nach Nr. 2.1.2 und 2.1.3 der Richtlinie die erforderlichen Beschlüsse der jeweiligen Beschlusskörperschaft vorliegen,
  - bei Maßnahmen nach Nr. 2.1.3 der Richtlinie für Kooperationen oder Zusammenschlüsse, die einer kommunalaufsichtlichen Genehmigung bedürfen, die Genehmigungsfähigkeit der erforderlichen Rechtsakte durch die zuständige Kommunalaufsichtsbehörde schriftlich bescheinigt wurde,
  - bei Maßnahmen nach Nr. 2.2 der Richtlinie eine Kooperation bzw. Fusion rechtsverbindlich zustande gekommen ist (Inkrafttreten innerhalb von fünf Kalenderjahren vor Antragstellung) und die konkreten Maßnahmen unmittelbar deren weiterer Umsetzung auf technischer Ebene dienen,
  - bei Maßnahmen nach Nr. 2.2 der Richtlinie für Planungsleistungen zur Infrastrukturanpassung ein Vergleich aller technisch sinnvollen Alternativen durchgeführt wurde und der weiteren Planung die optimale Variante (mittels dynamischer Kostenvergleichsrechnung nach der KVR-Leitlinie nachzuweisen) zugrunde liegt.

Der Antragsteller bestätigt die Abgabe der Erklärungen zu Ziffer 3.1 bis 3.4.

- 3.5  Der Antragsteller erklärt, dass unter Berücksichtigung der beantragten Zuwendung die Gesamtfinanzierung der Maßnahme gesichert ist.

- 3.6  Der Antragsteller erklärt, dass ihm die Subventionserheblichkeit der nachfolgend bezeichneten Tatsachen, die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges (§ 264 Strafgesetzbuch) sowie seine Pflicht, der ILB mögliche Änderungen bzgl. subventionserheblicher Tatsachen unverzüglich mitzuteilen, bekannt sind.

Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 2 Subventionsgesetz sind:

- Angaben zu den Rechtsverhältnissen des Antragstellers (Name, ausführende Stelle, Rechtsform, gesellschaftsrechtliche und vertragliche Beziehungen)
- Eigenerklärungen zu KMU, zum Transparenzrichtlinie-Gesetz, zum Anreizeffekt, zum Abschluss einer Kooperationsvereinbarung bei Verbundprojekten sowie zur anderweitigen Finanzierung des Vorhabens durch Dritte

- Angaben zum Zeitpunkt des Maßnahmebeginns, zur Berechtigung zum Vorsteuerabzug
- die Maßnahmebeschreibung
- Angaben, die Gegenstand der Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Vermögensübersichten oder Gutachten, des Ausgaben- und Finanzierungsplans, des Haushalts- oder Wirtschaftsplans oder von sonstigen dem Förderantrag beizufügenden Unterlagen sind
- Angaben in den Berichten und Verwendungsnachweisen, welche die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung betreffen
- Tatsachen, die der ILB nach den Bestimmungen des Zuwendungsbescheides nebst Anlagen mitzuteilen sind
- Angaben, von denen nach dem Verwaltungsrecht (insbesondere § 1 Abs. 1 Satz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg i. V. m. §§ 48, 49, 49a Verwaltungsverfahrensgesetz) oder anderen Rechtsvorschriften (insbesondere ANBest-G) die Rückforderung der Zuwendung abhängig ist.

Subventionserhebliche Tatsachen sind ferner solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung.

Das auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de) verfügbare "Merkblatt zu subventionserheblichen Erklärungen" wurde zur Kenntnis genommen.

#### 4 **Datenschutzrechtlicher Hinweis**

Im Rahmen der Antragstellung und Antragsbearbeitung wird die ILB personenbezogene Daten erheben und verarbeiten. Die Datenverarbeitung erfolgt nur im zwingend erforderlichen Rahmen, ist zweckbezogen und wesentliche Voraussetzung für die Bearbeitung des Antrags.

Eine detaillierte Information über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte gemäß Art. 13, 14 und 21 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) finden Sie im Informationsblatt Datenschutz.

Sofern bei der Bearbeitung des Antrags bzw. dem anschließenden Bestandsmanagement zur Feststellung oder Prüfung der Eigentums- und Kontrollstruktur, der Bonität, der Mittelverwendung oder zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen die Erhebung, Verarbeitung oder Prüfung von Daten Dritter erforderlich wird, sind diese aufgrund eines datenschutzrechtlichen Erlaubnistatbestandes durch den Antragsteller/Fördernehmer anzufordern und zu beschaffen. Den Dritten ist das Informationsblatt Datenschutz der ILB auszuhändigen und die Aushändigung durch den Dritten zu bestätigen.

Das Informationsblatt Datenschutz erhalten Sie auch jederzeit auf Anforderung in Papierform. Zusätzlich steht das Dokument auf der Internetseite der ILB unter [www.ilb.de/datenschutz](http://www.ilb.de/datenschutz) zum Download zur Verfügung.

**Direktlink Informationsblatt Datenschutz:** <https://www.ilb.de/media/dokumente/sonstige-dokumente/rechtshinweise/informationsblatt-datenschutz.pdf>

Der Antragsteller bestätigt die Kenntnisnahme des Datenschutzrechtlichen Hinweises und des Informationsblattes Datenschutz.

Der Antragsteller ist mit der Kommunikation über unverschlüsselten E-Mail-Verkehr einverstanden:

- ja  
 nein



Hinweis: Ein Austausch rechtsverbindlicher Erklärungen kann nicht im E-Mail-Verkehr erfolgen.

---

Ort, Datum

---

Unterschrift(en) des Antragstellers/Stempel bzw. Siegel

---

Name(n) in Druckbuchstaben

## **Antrag auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Förderprogramm "Strukturanpassung"**

### Anlagen

(Beigefügte Unterlagen sind durch Anklicken ☒ zu kennzeichnen.)

- Erklärung über bereits erhaltene bzw. beantragte „De-minimis“-Beihilfen (ILB-Formular)
- Vollmacht(en)
- Nachweis zur Befreiung vom Vorsteuerabzug, sofern zutreffend
- aktuelle Kostenberechnung (nicht älter als drei Monate vor Antragstellung)
- umfangreiche Vorhabenbeschreibung
- selbstbindender Beschluss zur Teilnahme am Kennzahlenvergleich Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Brandenburg (Teilnahme an mindestens zwei Durchgängen)
- bei Maßnahmen nach Nr. 2.1.2 und 2.1.3 der Richtlinie: Beschluss der jeweiligen Beschlusskörperschaft des betroffenen Aufgabenträgers sowie öffentliche Bekanntmachung
- bei Maßnahmen nach Nr. 2.1.3 der Richtlinie: schriftliche Bescheinigung zur Genehmigungsfähigkeit der erforderlichen Rechtsakte durch die zuständige Kommunalaufsichtsbehörde für Kooperationen oder Zusammenschlüsse, die einer kommunalaufsichtlichen Genehmigung bedürfen
- bei Maßnahmen nach Nr. 2.2 der Richtlinie: Nachweis des rechtsverbindlichen Zustandekommens der Kooperation bzw. Fusion

Die ILB behält sich die Anforderung weiterer Unterlagen und Informationen vor.